

## **Deutscher Berufsverband für Soziale Arbeit (DBSH) zur „Agenda 2010“ der Bundesregierung: „*Deutschland wird kälter ...*“**

---

Der Deutsche Berufsverband für Soziale Arbeit (DBSH) kritisiert die Vorschläge der Bundesregierung zur Neuordnung der sozialen Sicherungssysteme: Sie sind nicht nur Abschied von der hälftigen Kostenteilung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern für die Sozialversicherungssysteme, sondern auch Abschied von einem am Sozialstaatsgebot orientierten Gemeinwesen. Der DBSH befürchtet „amerikanische“ Verhältnisse, in denen nicht mehr Integration, sondern die Ausgrenzung sozial benachteiligter Bevölkerungsteile im Vordergrund steht.

Das Hartz-Konzept war mit dem Versprechen verbunden, das Schaffen und Erweitern von Arbeitsplätzen zu erleichtern und die Arbeitsvermittlung zu optimieren. In der Praxis der Sozialen Arbeit zeigt sich nunmehr eine ganz andere Realität:

- 1.) Die mit dem Hartz-Konzept ursprünglich versprochenen Verbesserungen im Bereich der Kindertagesbetreuung und der Integrationsförderung Jugendlicher bleiben ebenso aus, wie jeder Nachweis, dass in den letzten Monaten zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen worden sind.
- 2.) Die Bundesregierung will unter Bezugnahme auf das Hartz-Konzept für die Bundesanstalt für Arbeit keinen Bundeszuschuss mehr zahlen. Dort, wo angesichts steigender Arbeitslosenzahlen, der Fehlbetrag nicht mehr durch Kürzungen bei der Arbeitslosenhilfe aufgefangen werden kann, wird die Arbeitsförderung reduziert: Es gibt nur noch „Schnellprogramme“, die eine Vermittlung von 70 % der Arbeitslosen in den ersten Arbeitsmarkt versprechen müssen.  
Nutznießer sind, wenn solche Maßnahmen überhaupt eingerichtet werden können, die besser ausgebildeten, jüngeren und mobilen Arbeitslosen, während langzeitarbeitslose, jugendliche, nicht ausreichende qualifizierte oder aus strukturschwachen Regionen stammende Arbeitssuchende chancenlos bleiben.  
Während noch bis letztes Jahr die Arbeitsvermittler der Arbeitsämter die Betroffenen damit trösten mussten, dass sie erst nach einem Jahr Arbeitslosigkeit Anspruch auf Förderung haben (z.B. durch ABM), gibt es jetzt gar keine Förderung mehr – weil sie ja zu lange arbeitslos sind.
- 3.) Die Ankündigung des Bundeskanzlers, dass Arbeitslosenhilfebezieher und arbeitsfähige Sozialhilfeempfänger in Zukunft eine abgewandelte Form der Sozialhilfe erhalten, bewirkt ein Übriges: Die Kommunen ziehen sich aus ihren Programmen „Arbeit statt Sozialhilfe“ zurück. Versuchten die Kommunen bislang, Sozialhilfeempfänger über ein Arbeitsangebot in die Zuständigkeit des Arbeitsamtes zu überführen und so Sozialhilfe einzusparen, fällt dieses Motiv künftig weg.  
Die Folgen: In ganz Deutschland werden laufende Projekte der Arbeitsförderung, der Umschulung, Arbeitsbeschaffungs- und Qualifizierungsmaßnahmen und Programme zur Beschäftigung von Sozialhilfeempfängern eingestellt. Insgesamt dürften in den Maßnahmen von Kommunen und Arbeitsämtern zur Zeit 500.000 Beschäftigte gefördert werden.  
Erfahrene Träger schließen ihre Einrichtungen, Anleiter und soziale Fachkräfte, die bisher für Qualifikation und Motivation sorgten, werden selbst arbeitslos und reihen sich in die Gruppe der Millionen ein, die arbeiten wollen, aber nicht dürfen.

4.) Das Zusammenlegen von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe führt bei fehlender Arbeitsförderung zu einer Grundsicherung auf Armutsniveau. Über 1,5 Millionen Arbeitslosenhilfebezieher werden künftig nur noch eine geringfügig aufgestockte „pauschalierte“ Sozialhilfe (Arbeitslosengeld II) und damit weniger als bisher erhalten. Darüber hinaus bleibt für individuelle Beratung und eine Berücksichtigung der persönlichen Situation der Betroffenen kein Raum. Die Folgen sind aus Sicht der Sozialen Arbeit unabsehbar:

- Den Sozialversicherungssystemen werden abermals Beitragseinnahmen in Milliardenhöhe entzogen.
- Dies wird zur Zunahme von Altersarmut führen – die Haushaltskonsolidierung von heute wird mit dem „Kredit bei den Armen der Zukunft“ erkaufte.
- Die noch engeren Vermögensfreibeträge bei der Sozialhilfe führen dazu, dass in Familien insbesondere die Frauen sämtliche Leistungsansprüche bei längerer Arbeitslosigkeit verlieren.
- Die Armut von Kindern wird weiter zunehmen, bereits heute wächst jedes siebte Kind in einer armen Familie auf, so eine Studie im Auftrag der Arbeiterwohlfahrt.
- Von Jugendlichen wird – spätestens nach Abschluss einer Berufsausbildung – ein Aufgeben der familiären Bindungen erwartet, wenn ein Arbeitsangebot in irgendeiner anderen Region in Deutschland vorliegt. Das ist nicht nur für die Betroffenen hart, ganzen Regionen droht der „Abzug“ der „leistungsfähigeren“ Arbeitslosen.

5.) Das Aufteilen zwischen Sozialgeld (Sozialhilfe alt) und Arbeitslosengeld II (Sozialhilfe neu) wird zu einem Gerangel um die Arbeitsfähigkeit der Betroffenen führen. Das Arbeitsamt wird versucht sein, möglichst viele Arbeitslose als nicht arbeitsfähig zu erklären, um die Kosten auf die hierfür zuständigen Sozialämter der Kommunen abzuwälzen, die Kommunen werden umgekehrt bemüht sein, ihre Sozialhilfebezieher schnellstmöglich „arbeitsfähig“ zu machen. Vermutlich werden medizinische und psychologische Dienste zum „Schiedsrichter“ im Kostengerangel - statt effektiv zu helfen, zu begleiten und zu unterstützen.

„Wer alkoholkrank Arbeitslose mit Alkoholtestgeräten aussortieren will, wie die Bundesanstalt für Arbeit, der will nicht mehr integrieren und helfen, sondern ins gesellschaftliche Abseits drängen“, so der Deutsche Berufsverband für Soziale Arbeit in einer Stellungnahme. „Wir befürchten amerikanische Verhältnisse mit wachsender Armut, Obdachlosigkeit, mehr sozialer Benachteiligung und auch Kriminalität. Deutschland wird kälter“, so die Bundesvorsitzende des DBSH, Hille Gosejacob-Rolf.

Der DBSH setzt sich für einen Ausbau der Kinderbetreuung und anderer sozialer Dienste ein. Hier gebe es genug Aufgaben, diese müssten nur finanziert und die Beschäftigten qualifiziert werden. Arbeitslosigkeit allein über die Hoffnung auf ein ausreichendes wirtschaftliches Wachstum zu bekämpfen, ist eine Illusion. „Wer von Arbeitslosen Aktivitäten erwartet, muss auch eine Perspektive anbieten, die real ist“, so der Berufsverband. Und weiter: „Die Menschen wollen arbeiten, und erwarten jetzt das Schaffen von Arbeitsplätzen auch von den Unternehmen, die seit Jahren keine Steuern mehr bezahlen.“